

## Kampagne gegen Schuldenbremse in Hessen

### Sozialverbände, DGB und Beamtenbund wollen Verbot von Neuverschuldung in Landesverfassung verhindern

*Johannes Birk*

Gut elf Wochen vor der Volksbefragung über die Verankerung einer Schuldenbremse in der hessischen Verfassung stimmen Befürworter und Gegner des Projekts ihre Anhängerschaft auf die anstehende Kampagne ein. Am 27. März soll zeitgleich mit den landesweiten Kommunalwahlen die Bevölkerung in dem Sechsmillionen-Land entscheiden, ob das Verbot einer Neuverschuldung des Landeshaushalts ab 2020 Bestandteil der Verfassung wird. Hessen ist das einzige Bundesland, in dem die Wahlberechtigten bei Änderungen der Landesverfassung das letzte Wort haben.

In seiner Neujahrsansprache freute sich Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) darüber, »daß es auf meine Initiative hin gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen im Hessischen Landtag zu formulieren, der eine Perspektive für einen Landeshaushalt ohne neue Schulden aufzeigt«. Seine CDU-FDP-Regierung hatte nach wochenlangen Verhandlungen neben den Grünen auch die oppositionelle SPD mit ins Boot gezogen. Die Weichenstellung im Wiesbadener Landtag wurde Mitte Dezember mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Lediglich die sechsköpfige Linksfraktion stellte sich quer und wurde von der entscheidenden Plenarsitzung ausgeschlossen, nachdem sie demonstrativ Schilder gegen die Schuldenbremse hochgehalten hatte. Alles deutet nun darauf hin, daß die vier Parteien den Wählern mit einer aufwendigen Propagandaschlacht ein »Ja« am 27. März nahelegen werden. Dabei können sie auch auf die Unterstützung durch Unternehmerverbände und den Bund der Steuerzahler zählen. Die Regierung Bouffier spekuliert darauf, daß sie trotz schlechter Umfragewerte und erwarteter Einbrüche für CDU und FDP in den Rathäusern und Kreistagen wenigstens in Sachen Schuldenbremse als strahlender Gewinner dastehen wird.

In den Startlöchern steht aber auch ein überparteiliches Bündnis von Gegnern der Verfassungsänderung, in dem sich DGB, Beamtenbund, Sozialverbände und andere Organisationen zusammengeschlossen haben. Auf der Website [www.handlungsfahiges-hessen.de](http://www.handlungsfahiges-hessen.de) warnen die Initiatoren vor einer »Hessenbremse«, die gesellschaftlich sinnvolle öffentliche Investitionen stoppe und das Zusammenleben und die öffentliche Entwicklung hemme. Mit dem Vorhaben »werden Steuergeschenke legitimiert«, kritisiert der Frankfurter DGB-Ökonom Kai Eicker-Wolf und argumentiert, daß als Folge der seit 1998 beschlossenen Steuer senkungen für Reiche und Unternehmen allein dem Land Hessen zwei Milliarden Euro pro Jahr fehlten. Wir brauchen »keine Schuldenbremse, sondern eine gerechte Steuerpolitik«, bringt es der Gewerkschafter auf den Punkt. Ende Januar sollen bei einem ersten landesweiten Treffen der »Plattform für ein handlungsfähiges Hessen« weitere Hintergründe diskutiert, Argumente entwickelt und Aktionen geplant werden.

Auffällig an dem Aktionsbündnis ist nicht nur, daß der DGB und der eher CDU-nahe Beamtenbund an einem Strang ziehen. Neu ist vor allem, daß SPD und DGB in einer derart wichtigen landespolitischen Frage in unterschiedlichen Lagern stehen. DGB-Landeschef und SPD-Mitglied Stefan Körzell ist darüber verärgert, daß er beim Landesparteitag Ende November in Gießen von der Konferenzregie keine Gelegenheit bekam, in einem Grußwort seine kritische Position zur Schuldenbremse zu bekräftigen. Viele Gewerkschafter verübeln es

SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, daß er Bouffiers Lockrufen erlag.